

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juni 2009

Nr. 6 · 5. Jahrgang

Wahlen

3 Superwahljahr 2009 – Teil 6
Im Fokus: Mindestlöhne

Babelsberg

6–8 Verfassungswidrigkeiten am
Griebnitzsee/Schulentwicklungsplan

Forum

9 Diskussion: Die DDR –
wie wir sie sehen

Griebnitzsee und 60 Jahre Grundgesetz

Von Hans-Jürgen Scharfenberg, LINKE-Fraktionschef im Potsdamer Stadtparlament

Die aktuelle Auseinandersetzung um die Sicherung des freien Zugangs zum Ufer am Griebnitzsee fällt zusammen mit den Diskussionen um den 60. Jahrestag des Grundgesetzes, aber auch mit der Erinnerung an 20 Jahre Wende im Osten Deutschlands.

Die persönlichen Erfahrungen, die die Menschen in dieser Zeit gewinnen konnten, prägen letztlich auch

ihr Verständnis von der praktischen Wirksamkeit der Verfassung, von der Übereinstimmung zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit. Zugleich wirkt im Osten Deutschlands und speziell auch in Brandenburg das Verständnis nach, mit der Konstituierung des Landes und der Erarbeitung der Landesverfassung in einer breiten öffentlichen Diskussion und ihrer An-

nahme in einem Volksentscheid eine breite Basis für die Grundsätze und Ziele dieser Verfassung zu suchen.

Eine zentrale Verfassungsregelung ist dabei zweifellos die zum Eigentum. Die Schöpfer des Grundgesetzes haben sich 1949 entschieden, das Eigentum nicht uneingeschränkt zu gewährleisten, sondern es mit einer Sozialpflichtigkeit zu

verbinden. So heißt es in Artikel 14 Absatz 2 Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“ Die Landesverfassung formuliert in Artikel 41 Absatz 2 noch deutlicher: „Sein Gebrauch hat dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen.“

Legt man diesen Maßstab der Ver-

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Auf ein Wort...



Deutschland braucht mehr Europa

von Lothar Bisky

Ob Fahrradweg oder Weiterbildung, Forschungsprojekt oder Gedenkstätte – vieles wird mit Regional- oder Strukturförderungen aus EU-Mitteln finanziert. Viel „Europa“ geschieht ohne unser Wissen, mehr Europa erobern wir uns selbst – im Kulturaustausch, in der Ausbildung, im Beruf, mit unseren Nachbarn.

Doch diese Erfolge werden durch die derzeitigen Grundlagen der EU-Politik selbst aufs Spiel gesetzt. Steuerdumping und mehr Aufrüstung schwächen nicht nur die Chancen strukturschwacher Regionen, sie treffen viele kommunale Haushalte mitten ins Herz. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren Lohndumping und Rentenkürzungen betrieben und damit andere Regierungen ermuntert, gleichfalls der Standortlogik zu folgen und Sozial- und Demokratieabbau als Lebensnotwendigkeit des Kapitals zu verkaufen. Jetzt bricht die Wirtschaftskrise wie ein Naturereignis in diese Entwicklung, doch sie ist auch eine Folge falscher Politik.

In Brüssel und Straßburg stehen in 27 Sprachen die Perspektiven des Kontinents ständig zur Debatte. Es geht um alle Regionen. Armutsbekämpfung, moderne Agrar- und Energiepolitik gehören vor Ort

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Nach Redaktionsschluss

B-Plan Griebnitzsee gekippt – neuer B-Plan wird aufgestellt

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) hat in einem von 10 Anliegern angestrebten Normenkontrollverfahren am 28. Mai 2009 den B-Plan Nr. 8 „Griebnitzsee“ gekippt. Das Gericht stellte damit den Schutz des Privateigentums in den Mittelpunkt der Betrachtungen, während es die im Grundgesetz vorgeschriebene Gemeinwohlverpflichtung ignorierte. Damit hat sich die Situation am Griebnitzsee weiter verschärft. Allerdings sind die vom Gericht festgestellten Mängel des B-Planes abstellbar. Unmittelbar nach der Gerichtsentscheidung beschloss die Stadtverordnetenversammlung in einer Sondersitzung einstimmig die Aufstellung eines neuen B-Planes „Uferzone Griebnitzsee“ sowie eine Veränderungssperre und eine Satzung, mit der sich die Stadt das Vorkaufsrecht sichert. Damit sind unverzüglich Vorkehrungen getroffen worden, um eine weitere Verschlechterung der Position der Stadt im Kampf für einen durchgängigen Uferweg am Griebnitzsee zu verhindern. Jetzt muss die Veränderungssperre durchgesetzt und der neue B-Plan mit höchster Priorität und Präzision erarbeitet werden, denn neue Fehler darf sich die Stadt nicht leisten. Jeder Potsdamer kann mit seiner Unterschrift unter das Bürgerbegehren einen Beitrag für das freie Griebnitzsee-Ufer leisten.



Dr. Walter Raffauf in Aktion für den Uferweg am Griebnitzsee.

Am 7. Juni werden in Deutschland die neuen Abgeordneten für das Europäische Parlament gewählt. Doch stößt die Europawahl in Brandenburg nur auf eine geringe Aufmerksamkeit. Damit könnte Brandenburg wieder Schlusslicht bei der Wahlbeteiligung werden.

Mittlerweile ist die EU-Integration trotz aller Schwarzseherei vorangekommen. Was habe ich von der Europäischen Union, das fragen sich jedoch viele Bürger nach wie vor. Es gibt viele Beispiele, wie die Europäische Union in unser Leben eingreift. Von der Sicherung der langfristigen Energieversorgung über Arbeitsschutz bis zur Produktsicherheit und der Gesundheitsfürsorge beeinflusst die EU direkt und indirekt unser Leben.

Die EU-Förderungen profitieren auch Potsdam. Seit 2000

EU tut auch Potsdam gut

Zur Europawahl? Aber natürlich – und DIE LINKE wählen!

EU-Bürger haben das Recht, überall in der Europäischen Union zu leben, zu lernen und zu arbeiten. Sie können in der EU problemlos reisen. Wer im EU-Ausland krank wird, dem garantiert europäisches Recht eine Versorgung. Für Unternehmen verlieren nationale Grenzen ihre Bedeutung. Wir profitieren von größerem Wettbewerb – von einer größeren Produktvielfalt und günstigeren Preisen. Im Rahmen von EU-Programmen konnten mehr als zwei Millionen junger Menschen in einem anderen EU-Land studieren.

Von den EU-Förderungen profitieren auch Potsdam. Seit 2000

wurden fast 4000 Projekte in der Stadt gefördert. So zum Beispiel der Kultur- und Gewerbestandort Schiffbauergasse. Für die Revitalisierung des Standortes gab es einen Mix aus EU-, Bundes- und Landesgeldern. 21,7 Millionen Euro stammen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Mit Hilfe der europäischen Strukturförderung wurden Industrie- und Kasernengebäude in Potsdam saniert. Mittlerweile haben sich Firmen wie VW oder Oracle sowie Kulturträger mit Menschen aus mehr als 15 Nationen an diesem Standort zusammengefunden. Seit Jahren fließen

EFRE-Mittel aus dem EU-Topf in die Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen der Universität. 2008 wurde zum Beispiel mit ca. 100.000 Euro ein Multimedia-Kabinett eingerichtet.

Dass von EU-Förderungen auch einzelne Potsdamer profitieren, zeigt das Beispiel „Regionalbudget III“. Seit Beginn des Projekts haben über 200 Potsdamer wieder feste Jobs bekommen. Mit Hilfe des Europäischen Sozialfonds (ESF) und der von der Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (Paga) geförderten Maßnahme sollen junge Langzeitarbeitslose einen Weg zurück ins Berufsleben finden. Die diesjährige Einjahresmaßnahme erhält von der Europäischen Union

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

und weltweit in jedes Antikrisenprogramm. Noch wissen wir nicht, wie viele Arbeitsplätze mit der Wirtschaftskrise auf dem Spiel stehen, wie weit kleine Unternehmen mit stockenden Krediten kommen. Doch schon jetzt können wir dafür sorgen, dass es nach der Krise nicht so weitergeht wie zuvor. Wir haben mehr koordinierte Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Geldpolitik der EU vorgeschlagen, eine Millionärsabgabe, einen Schutzschirm für Menschen und mehr Unterstützung für Erwerbslose. Am 7. Juni ist Gelegenheit, ein anderes, besseres Europa für Deutschland zu wählen. Ob mehr öffentlicher Nahverkehr, eine gute Gesundheitsvorsorge für alle, eine bessere Umwelt und zivile Konfliktlösungen – die Partei DIE LINKE ist am 7. Juni – bei den Wahlen für das Europäische Parlament – eine gute Wahl.

Für ein demokratisches Bildungssystem!

Aufruf zum Bildungsstreik vom 15. bis 19. Juni 2009

Nachdem bereits im November des letzten Jahres über 100.000 SchülerInnen bundesweit für Verbesserungen im Bildungssystem gestreikt haben, rufen nun auch Potsdamer SchülerInnen, Auszubildende und Studierende zum bundesweiten Bil-

dungstreik in einer Aktionswoche vom 15. bis 19. Juni 2009 auf. Mit Demonstrationen, Blockaden, Besetzungen und vor allem alternativen Bildungsangeboten soll eine Diskussion über die Zukunft des Bildungssystems angestoßen

und gegen Studiengebühren und Sozialabbau protestiert werden.

Im Aufruf der bundesweiten Projektgruppe, in der auch Linksjugend [‘solid’] und LINKE.SDS aktiv mitwirken, heißt es zum Beispiel: „Weltweit sind Umstrukturierungen aller Lebensbereiche nicht mehr gemeinwohlorientiert, sondern den sogenannten Gesetzen des Marktes unterworfen. Seit ein paar Jahren ist auch das Bildungssystem in den Fokus solcher ‚Reformen‘ geraten: Bildungsgebühren und die Privatisierung treffen uns alle!“

Allein an der Potsdamer Uni stimmten bei einer Vollversammlung 541 von 555 Studierenden dafür, unter anderem eine Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen sowie kostenfreie und gleiche Bildungschancen für alle ohne Se-

lektion und Konkurrenzdruck zu fordern. StudentInnen der Fachhochschule machen darauf aufmerksam, „dass in bildungspolitisch schwierigen Zeiten Ausgaben in Höhe von 120 Mio Euro für einen Landtagsneubau das falsche Zeichen an die heutige Jugend sind“. SchülerInnen treten für kleinere Klassen und mehr Lehrpersonal sowie „eine Schule für alle“ im mehrgliedrigen Schulsystem ein. Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW hat auf ihrem Gewerkschaftstag am 25./26. April beschlossen, den Bildungsstreik 2009 aktiv mitzutragen – einstimmig bei nur einer Enthaltung. Damit ist die zweite große Gewerkschaft nach der DGB-Jugend offizielle Unterstützerin des Bildungsstreiks.

Linksjugend [‘solid’] & LINKE.SDS Potsdam

Forderungen im bundesweiten Bildungsstreik:

- selbstbestimmtes Lernen und Leben statt starrem Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck,
- freier Bildungszugang und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie Studiengebühren, Ausbildungsgebühren und Kita-Gebühren,
- öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft unter anderem auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe und Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen.

Weitere Infos und Kontakte:

www.bildungsstreik2009.de

www.bildungsstreikpotsdam.blogspot.de

www.schulaction.org

Am Sonntag, dem 22. März 2009, hat sich in Potsdam die regionale Gliederung des Forums Demokratischer Sozialismus (fds) in Brandenburg konstituiert. Bundessprecher Stefan Liebich (MdB) war der Einladung des Landtagsabgeordneten Peer Jürgens und des Stadtverordneten Frank Dahmen aus Erkner gefolgt, um über die Entstehung und die Perspektiven des fds zu referieren. Eine der Kernaufgaben sieht das Forum darin, wichtige Errungenschaften der PDS auch in der LINKEN zu bewahren – so zum Beispiel die Frauenquote oder den Grundsatz des demokratischen Sozialismus. Wir setzen uns für eine emanzipatorische und solidarische Gesellschaft ein und

fds-Brandenburg hat sich konstituiert

gehen dabei von den gesellschaftlichen Realitäten, den wirklichen Bedürfnissen und Interessen der Menschen aus. Wir wollen die Gesellschaft verändern und dafür um stabile, dauerhafte Mehrheiten werben. Die Gründung war der Auftakt für eine interessante Diskussion zum Selbstverständnis und zur Rolle des fds im andauernden Parteibildungsprozess. Aus den unterschiedlichen Biographien und Stand-

punkten der Teilnehmer wurde schnell deutlich, dass auch das fds Brandenburg sich als offene Diskussionsplattform für möglichst viele Parteimitglieder versteht, die auch vor „kontroversen Themen“ nicht zurückschrecken. Inhaltliche Schwerpunkte der künftigen Treffen der neuen Arbeitsgemeinschaft in Brandenburg sollen die Wahlprogramme der Partei, das Parteiprogramm selbst sowie die Leitansätze zu den Landes- und Bundesparteitagen bilden. Zum vorläufigen Koordinator und ersten Ansprechpartner für das fds Brandenburg wurde Frank Dahmen bestimmt.

Frank Dahmen, Koordinator

Kontakt: dahmen@fds-brandenburg.de

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam: **Günther Waschkuhn**, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt.potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net.

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr.

3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch aus-

zugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als

Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Mei-

nung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redak-

tion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv

DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

(Fortsetzung von SEITE 1)

Griebnitzsee ...

fassung an die Vorgänge am Griebnitzsee an, wird ein deutlicher Widerspruch sichtbar. Nach fast zwanzig Jahren offener Uferweg und einer klaren Zielstellung der Stadt auf dauerhafte Sicherung des freien Uferzuges haben einige Eigentümer ihre Grundstücke dicht gemacht und den bisherigen Uferweg beseitigt. Wie verträgt sich das damit, dass die Eigentümer in der Regel ihre Grundstücke im Wissen um den durchgehenden Uferweg und die Ziele der Stadt erworben haben? Wie vereinbart sich diese Form der Inanspruchnahme des Privateigentums damit, dass sein Gebrauch dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen hat?

Wie wird unter diesen Voraussetzungen der Verpflichtung in Artikel 41 Absatz 3 der Landesverfassung nachgekommen, der Allgemeinheit den Zugang zur Natur, auch zu den Seen, freizuhalten und gegebenenfalls zu eröffnen?

1949 haben die Verfassungsgeber für den Fall der Interessenkollision zwischen dem Privateigentum und dem Wohl der Allge-

meinheit die Möglichkeit einer Enteignung vorgesehen, die nur zum Wohle der Allgemeinheit und gegen Entschädigung zulässig ist. Das Entscheidende aber ist, dass das Wohl der Allgemeinheit auf der Grundlage der Verfassung und des Enteignungsgesetzes des Landes Brandenburg auch durchgesetzt werden kann. Wenn man sich allerdings die Reaktionen des brandenburgischen Innenministers vor Augen führt, dessen Ministerium die Enteignungsbehörde des Landes ist, so werden tiefe Vorbehalte gegenüber dem Mittel der Enteignung und ein absolutes Verständnis vom Schutz des Privateigentums sichtbar, das nicht mit den ursprünglichen Intentionen des Grundgesetzes vereinbar ist.

Der weitere Umgang mit dem freien Zugang zum Griebnitzsee geht weit über den Rahmen der Stadt hinaus. Die konkrete Auslegung und Umsetzung der Verfassung unter den heutigen Bedingungen am Beispiel des Griebnitzsees ist von symbolischer Bedeutung dafür, ob sich das Grundgesetz in den Augen der Bürgerinnen und Bürger bewährt oder ob es in seinem demokratischen Gehalt weiter ausgehöhlt wird.

(Fortsetzung von SEITE 1)

EU – Potsdam ...

740.000 Euro. In dem Projekt „Step by Step“ des Regionalbudgets können arbeitslose Jugendliche aus Potsdam zusätzliche Praxiserfahrungen in Unternehmen sammeln. Die Firma bekommt maximal ein halbes Jahr lang 50 Prozent der Lohnkosten bezahlt und muss dafür ein weiteres halbes Jahr Beschäftigung sichern. Also die EU tut auch Potsdam gut.

Wenn alles so gut läuft, warum dann zur Wahl gehen und vor allem, warum verändern wollen? DIE LINKE will auch Politikwechsel auf europäischer Ebene. Es gibt Entwicklungen, die wir aufhalten wollen, wo wir eine Veränderung erreichen müssen: In der Außenpolitik muss die schleichende Militarisierung beendet werden. Es müssen europäische Antworten auf die Finanzkrise gefunden werden, die sichern, dass die Verursacher zur Verantwortung gezogen und echte Alternativen gesucht werden. Dazu sollte eine starke Linke im EU-Parlament sein, eine europäische Linke, die sich für eine EU einsetzt, die friedlich, sozial, demokratisch und ökologisch ist. Deshalb am 7. Juni zur Wahl gehen... und natürlich die Stimme der LINKEN geben!

Sascha Krämer

Die EU ist doch weit weg – oder?

DIE LINKE in Europa: Glaubwürdig für soziale Union

Europa ist nicht so weit entfernt, wie viele es empfinden – wir leben mittendrin. Die EU entscheidet zum Beispiel darüber, welche Lebensmittel in den Supermarktregalen ihrer Mitgliedsländer angeboten werden dürfen, welche Entschädigungen bei Flugausfällen zu leisten sind oder auch, wie europaweit vergleichbare Hochschulabschlüsse aussehen sollen. Mehr als 70 Prozent der deutschen Gesetze basieren auf EU-Richtlinien. Von hier gehen die entscheidenden Signale dafür aus, ob neben der wirtschaftlichen Harmonisierung auch eine soziale Angleichung stattfinden wird – ob für die Menschen in Europa der Zugang zu Bildung, Gesundheitsleistungen, Energie und Wasser Selbstverständlichkeit oder Privileg sein wird.

Genau an solchen Punkten unterscheiden sich die Programme der deutschen Parteien für die Europawahlen 2009: Während liberale und konservative Kräfte die Dominanz des Marktes mit möglichst wenig Regulierung fortschreiben wollen, gehen die sozialen Programme von SPD, Grünen, Linken und Freien Wählern unterschiedlich weit. Die SPD wünscht eine Sozialunion, lehnt aber eine Harmonisierung der Sozialsysteme ausdrücklich ab. Die Freien Wähler konzentrieren sich auf die öffentliche Daseinsvorsorge. Während die Grünen einen Sozialpakt mit der Besteuerung von Finanztransaktionen finanzieren wollen, nennt DIE LINKE eine stärkere Beteiligung von Großunternehmen und Banken sowie verminderte Rüstungsausgaben als Geldquellen für soziale Mindeststandards und eine öffentliche Daseinsvorsorge.

Jeder vierte Deutsche in prekärer Beschäftigung – politisch gewollt

DIE LINKE will allen Menschen die Chance einer würdevollen Beschäftigung bieten, von der sie leben können. In ihrem Europaprogramm hat sie deshalb als Teilziele formuliert, bestehende prekäre in sozialversicherungsspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln, Niedriglohnarbeit abzuschaffen und auch in Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Auf der DGB-Tagung „Atypische

Beschäftigung und Prekariat im europäischen Vergleich“ im Juni 2008 wurde unterstrichen, dass die Ausweitung prekärer Beschäftigung die Beschäftigten gezielt einschüchtern sollte – zugunsten der Unternehmen und zu Lasten der Gesellschaft, die in einigen Jahren die sozialen Folgekosten zu tragen habe.

Vor allem in Ostdeutschland können viele Beschäftigte nur dank Aufstockung von den gezahlten Niedriglöhnen leben. Sogar der DGB stellte fest, dass die „deutsche Bundesregierung ... die Ausweitung des Niedriglohnsektors vor Jahren zum politischen Ziel erklärt und die Weichen entsprechend gestellt“ habe. Um das klar zu sagen: Gemeint sind die Arbeitsmarktentscheidungen von SPD und Grünen! Deutschland belegt mit einem Niedriglohn-Arbeitsmarktanteil von rund 20 Prozent einen Spitzenplatz in Zentraleuropa. Laut einer DGB-Umfrage standen von den 18- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Berufsausbildung zu diesem Zeitpunkt nur 56 Prozent aktuell in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis; andere waren befristet, in Teilzeit oder bei einer Leiharbeitsfirma beschäftigt, 17 Prozent nicht erwerbstätig. Und das ist die Generation der Zukunft, die Familien gründen soll...

Gesetzlicher Mindestlohn in 20 EU-Ländern

Von 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verfügen 20 über einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Der



neue europäische Mindestlohnbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung verwies kürzlich darauf, dass elf EU-Staaten die Mindestlöhne zum Jahresbeginn 2009 angehoben haben. Damit werden derzeit in Westeuropa mindestens 8,40 Euro pro Stunde gezahlt. Berücksichtigt man das Preisniveau der Länder, liegen die Unterschiede zwischen den Mindestlöhnen maximal bei einem Verhältnis von 1:5.

Entgegen den Behauptungen konservativer Politiker belegen die Erfahrungen aus Großbritannien, dass die Zahl der Arbeitsplätze nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns auch im unteren Lohnbereich anstieg. In keinem Land mit gesetzlichem Mindestlohn wird eine Abschaffung erwogen (Thorsten Schulten: WSI Mindestlohnbericht 2009, www.boeckler.de).

In der Krise europaweit verbündet

In vielen Ländern üben Unternehmen Druck auf den Arbeitsmarkt aus: Nur massive Proteste von Jugendlichen verhinderten in Frankreich die Einführung eines Gesetzes, nach dem man Angestellte unter 26

Jahren während der ersten zwei Arbeitsjahre ohne jede Begründung und Vorwarnung hätte entlassen können. In Italien lebt fast die Hälfte der 30- bis 34-Jährigen noch bei den Eltern, weil das Geld für ein selbstständiges Leben fehlt. Und wie in Deutschland werden Hochschulabsolventen auch in Belgien und Österreich in schlecht bezahlte Schein-Praktika gedrängt, die reguläre Stellen verdrängen.

Inzwischen muss die Wirtschaftskrise als Argument erhalten: Während Gewerkschaften sich für Erhöhungen der Mindestlöhne zur Stabilisierung der Kaufkraft aussprechen, drängen Unternehmer auf ein Einfrieren. Wenn unter dem Druck der Krise vor allem gewerkschaftlich schwach organisierte Dienstleistungsbranchen in den Niedriglohnsektor abrutschen, könnten gesetzliche Mindestlöhne die Volkswirtschaft vor dieser Lohnabsenkung bewahren. Damit würden am sichersten der private Konsum, die Preisstabilität und die Sozialversicherungssysteme gesichert. Geschenkt bekommen das die angeblichen „Arbeitnehmer“, die eigentlich ihre Arbeit geben, sicher nicht – dafür sollten möglichst viele zur Europawahl ihre Stimme geben!

Wie hält es die SPD nun mit dem Mindestlohn?

Im April 2009 bezeichnete der SPD-Fraktionschef im Landtag die Mindestlöhne als „Kernbestandteil der sozialdemokratischen Politik“. Im Juni 2007 stimmten SPD-Abgeordnete im Bundestag aus Koalitionsdisziplin gegen Mindestlöhne. Vorher hatte DIE LINKE im Landtag Brandenburg bereits dreimal einen Antrag zur Vergabe öffentlicher Aufträge, gebunden an einen Mindestlohn, eingebracht und scheiterte damit dreimal auch an der SPD. Auch für einen aktuellen Vorstoß der Linkspartei kündigte Baaske an, auf Landesebene an der Koalitionsvereinbarung mit der CDU festzuhalten.

Der „Eiserne Gustav“ Hartmann fuhr durch Potsdam

Juni 1859

Es geschah am 02. April 1928. Über die Glienicker Brücke rollte eine Droschke mit der Nummer 120 – besetzt mit dem Kutscher, der sich Gustav Hartmann nannte, und einem Journalisten. Nach seinem Reiseziel befragt, hätte der Kutscher zur Antwort gegeben: „Paris!“ Und

das war ernst, sehr ernst gemeint.

Gustav Hartmann, der an seinem Droschkenplatz am S-Bahnhof Wannsee eisern immer so lange aushielt, bis kein Fahrgast mehr zu erwarten war, wollte nicht wahrhaben, dass die Zeit der Pferdedrosch-

ken vorbei sein sollte, dass motorgetriebene Taxen die Zukunft sein sollten. Deshalb entschloss sich der am 04. Juni 1859 Geborene zu einer spektakulären Fahrt mit seinem Pferd Grasmus (eigentlich hieß es Erasmus, doch Hartmann kürzte den Namen so ab) und seiner Droschke. Von Berlin nach Paris sollte sie gehen. „Gedacht, gemacht und ausgeführt“ – das war eine seiner Lieblingsformulierungen.

Doch nicht nur den Beweis wollte der „Eiserne Gustav“ antreten, dass die Zeit der Pferdedroschken nicht vorbei sei, nein, er hatte sich auch vorgenommen, seinen Beitrag zur Verständigung der europäischen Völker zu leisten. „Was Stresemann (deutscher Außenminister) nicht kann, werde ich schaffen“, war einer seiner Leit-

sprüche während der Fahrt nach Paris.

Durch Potsdam ging die Fahrt die Neue Königsstraße (heute Berliner Straße) entlang, am Stadtschloss und dem Marstall vorbei, die Breite Straße entlang, um dann in Richtung Werder/Havel fortgesetzt zu werden. In Groß Kreutz besuchte der „Eiserne Gustav“ seine Schwester und stärkte sich bei Kaffee und Kuchen für die lange Fahrt. Hartmann absolvierte die Fahrt nach Paris in 165 Tagen erfolgreich und war ein gemachter und hoch geehrter Mann – bis zu seinem Tode am 23. Dezember 1938.

Drei Spielfilme wurden gedreht – am bekanntesten wohl der mit Heinz Rühmann aus dem Jahr 1958. Auch ein Roman wurde geschrieben – Hans Fallada: „Der eiserne Gustav“. -rt



Hartmann bei seiner Rückkehr am 1. September 1928

Das Ende der Potsdamer Synagoge 1939

Juni 1939

Allein vom 07. April bis zum 31. Dezember 1933 wurden in Deutschland 36 Gesetze und Verordnungen zur Eingrenzung bzw. völligen Beseitigung staatsbürgerlicher Rechte der jüdischen Mitbürger erlassen. Das traf auch die Potsdamer Juden, von denen 1933 etwa 460 in der jüdischen Gemeinde vereinigt waren. Um die jüdischen Einwohner Potsdams noch besser überwachen zu können, wurden sie 1939 gezwungen, sich – nach einem vorgegebe-

nen Musterstatut – in der „Jüdischen Kulturvereinigung der Potsdamer Synagogengemeinde e.V.“ zu organisieren. Noch während der Gründungszeit, am 01. Juni 1939, wurde die jüdische Gemeinde gezwungen, die Grundstücke Wilhelmplatz 1 und 2 (die jüdische Synagoge und ein Wohnhaus) an die Deutsche Reichspost zu verkaufen. 67.000 Reichsmark erhielt sie dafür, über die sie jedoch nicht frei verfügen konnte. Im Wohnhaus von James Gers-

mann, in der Waisenstraße (heute Dortustraße) 57, fand die Gemeinde eine neue Unterkunft. Erst 1949 wurde die „Jüdische Kulturvereinigung der

Potsdamer Synagogengemeinde e.V.“ aus dem Vereinsregister gelöscht. Die Mindestzahl von drei Mitgliedern war nicht mehr gegeben.



Die von den Nationalsozialisten zerstörte Potsdamer Synagoge nach der Pogromnacht 1938.

Internationaler Kindertag

Juni 1959

Die Potsdamer Schriftstellerin Erika Engel-Wojahn (21. September 1911 – 06. Juli 2004) schrieb vor 50 Jahren anlässlich des Internationalen Kindertages in der „Märkischen Volksstimme“:

„Wenn der Juni hell beginnt,
steht die Welt in Blüten;
dieser Tag gehört dem Kind,
das wir liebend hüten.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

10 Jahre DDR – der Potsdamer Wettbewerb

Juni 1959

Nachdem der Wettbewerb zu Ehren des XXI. Parteitag der KPdSU (27. Januar – 05. Februar 1959) abgeschlossen war, konnte die Potsdamer politische Führung auf den eigentlichen des Jahres 1959 einschwenken – auf den zu Ehren des 10. Jahrestages der Gründung der DDR.

Am 28. Juni 1959 wurden nun in der „Märkische Volksstimme“ (auf einer ganzen Seite) die zehn Kriterien für den Wettbewerb der Wohnbezirke unter dem Motto „Potsdam mit Schwung und guter

Laune“ veröffentlicht. Diese waren:

Das schönste kulturelle Zentrum
Interessante, vielseitige Vorträge
Das schönste Sommerfest
Potsdam ohne Talente?
Jugend will froh und heiter sein!
Volkskunst in den Wohnbezirken
Für jedermann an jedem Ort – einmal in der Woche Sport
Potsdamer Wandel – nicht ohne Handel
Jeder Wohnbezirk ein Schmuckkästchen

Zum 10. Jahrestag eine festliche Stadt.

Als dann der 10. Jahrestag Geschichte war, wurde ausgewertet und – gefeiert. So unterstrich Stadtrat Hintzke am 23. Oktober 1959 auf der Auszeichnungsveranstaltung für die besten Wohnbezirke in der „Historischen Mühle: „Es ist uns gelungen, alle Wohnbezirke zu mobilisieren.“

Natürlich wurde prämiert:

1. Platz: Wohnbezirk 18, Prämie 1.500,- DM

2. Platz: Wohnbezirk 21, Prämie 1.000,- DM

3. Platz: Wohnbezirk 8, Prämie 800,- DM

Doch dann fuhr Stadtrat Hintzke fort: „...es zeigte sich aber auch, dass es noch viele Schwächen gibt. Diese Schwächen gilt es nun zu überwinden. Deshalb werden wir unseren Wettbewerb weiterführen – mit Schwung und guter Laune!“

Wie würde sich Stadtrat Hintzke wohl 30 Jahre später geäußert haben?

Linke Verkehrspolitik

Konferenz „Verkehrswende in Brandenburg – Umweltgerechte Mobilität für alle!“ am 13. Juni 2009

Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Aber wie kann in einem Flächenland wie Brandenburg die Versorgung mit Bussen und Bahnen gesichert werden? Wie kann man sie ausbauen? Wie werden soziale und ökologische Anforderungen an Mobilität unter einen Hut gebracht? Was ist linke Verkehrspolitik?

Diesen Fragen wird auf der Verkehrskonferenz „Verkehrswende für Brandenburg – Umweltgerechte Mobilität für alle!“ von der Landesarbeitsgemein-

schaft Umwelt bei der LINKEN. Landesverband Brandenburg nachgegangen.

Sie findet am 13.6.2009 von 10 – 16 Uhr im Haus der Natur, Lindenstraße 34, Potsdam, statt.

Vorträge von VertreterInnen aus den Bereichen Wissenschaft, Verbraucherschutz, Umweltschutz, Landespolitik und Gewerk-

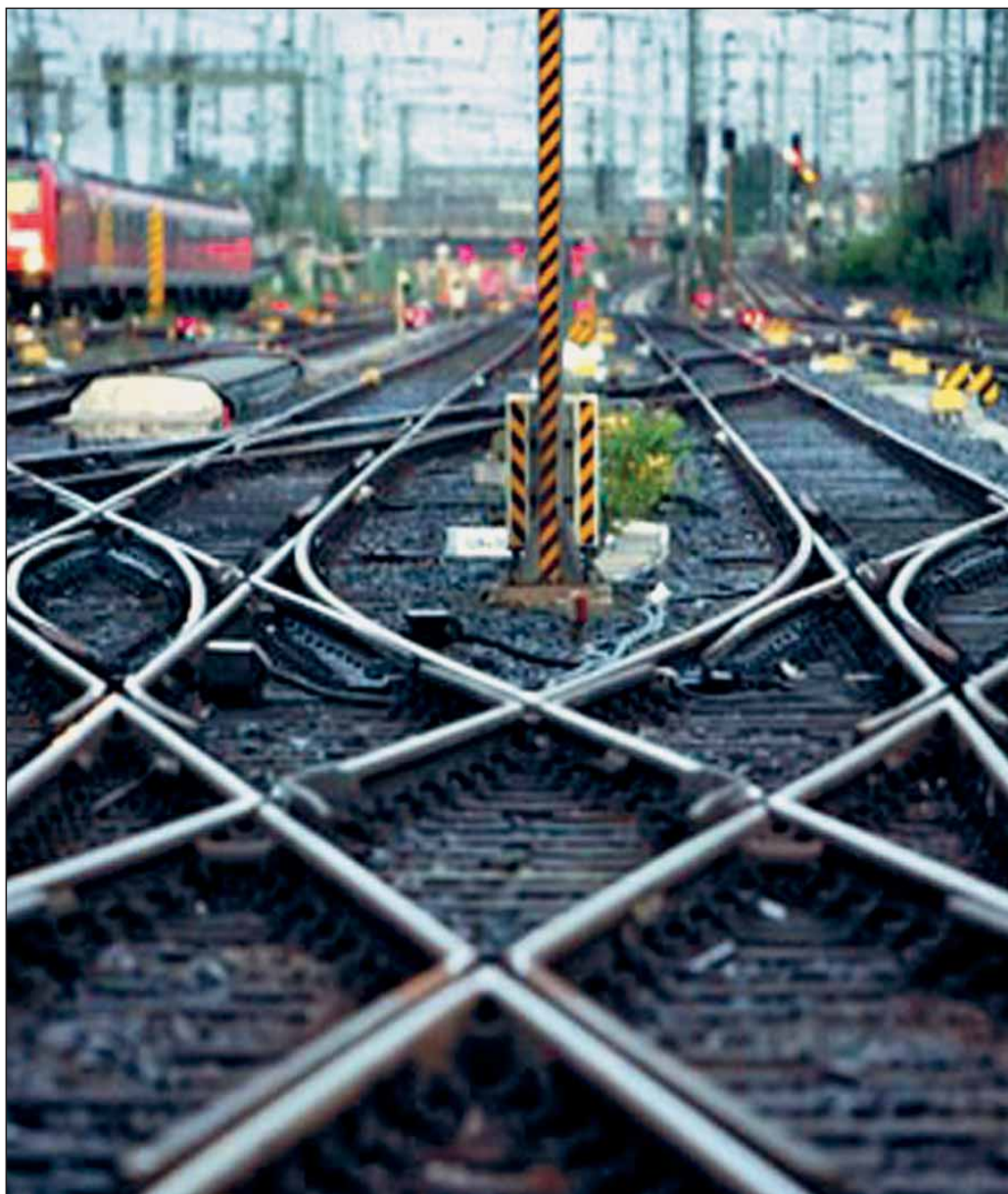
schaften führen ins Thema ein. Während der anschließenden Podiumsdiskussion „Verkehrswende für Brandenburg: Um-

weltverbund für die Region?“ gibt es Raum für breite Debatten. Dazu wollen wir auch Sie herzlich einladen!

Programm

- 10.00 Uhr: Begrüßung, Christian Rehmer (LAG Umwelt)
- 10.10 Uhr: Impulsreferat „Verkehrswende für Brandenburg“ Anita Tack (Mitglied des Landtages, Verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Präsidentin der Landesverkehrswacht Brandenburg e.V.)
- 10.30 Uhr: Die Zukunft des ÖPNV im ländlichen Raum als strategische Herausforderung, Prof. Dr. G. W. Heinze (TU Berlin)
- 11.10 Uhr: ÖPNV aus Sicht der VerbraucherInnen, Frank Hildenbrandt (Verbraucherzentrale Brandenburg e.V.)
- 11.40 Uhr: Pause
- 11.55 Uhr: Erfahrungen mit dem Mobilitätsticket, Carsten Zinn (ver.di)
- 12.25 Uhr: Verkehr, Landschaft und Natur – Mobilität vs. Umwelt?, Michael Schlegel (BUND Berlin e.V.)
- 12.55 Uhr: Diskussion
- 13.30 Uhr: Mittagspause
- 14.15 Uhr: Podiumsdiskussion „Verkehrswende für Brandenburg: Umweltverbund für die Region?“
 - Anita Tack (MdL, Fraktion DIE LINKE)
 - Carolin Steinmetzer-Mann (MdL, Umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE)
 - Tom Kirschey (Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz des Landes Brandenburg)
 - Norbert Müller (Linksjugend [solid] Brandenburg)
 - Dr. Gerold Fierment (Brandenburg 21 e.V. / Brandenburgische Werkstatt Lokale Agenda 21)
 Moderation Jörg Staude (Journalist)
- 15.45 Uhr: Schlusswort, Silvia Voß (LAG Umwelt)

Die Veranstaltung ist kostenlos. Um Anmeldung wird gebeten: lag-umwelt@dielinke-brandenburg.de



Widerstand üben – Perspektiven entwickeln

Auf ihrer Mai-Beratung beschäftigte sich die Arbeitsgemeinschaft „Arbeitsgesetzbuch“ mit den Folgen der weiteren ständigen Aushöhlung des Verfassungs- und Rechtsstaates, der damit verbundenen Verletzung von Menschen- und Sozialrechten und vor allem mit den sich ergebenden Schlussfolgerungen für die Arbeitsrechtsentwicklung aus linker Sicht.

Insofern hatte sich die Tagung auch das Thema gegeben:

Widerstand üben – Perspektiven entwickeln.

Zu Widerstand, Perspektiven und damit verbundenen Visionen gehört eine sozialstaatliche Rechtspolitik, gehört das aktive Eingreifen in die Arbeitsrechtsentwicklung, gehört die Erarbei-

tung eines Arbeitsgesetzbuches als linkes Projekt.

Alle bisherigen Versuche, das bürgerliche Arbeitsrecht in Deutschland einheitlich zu regeln sind, da letztlich nicht gewollt, kläglich gescheitert und sind damit eine Geschichte der untauglichen Versuche. (vgl. dazu auch Junge Welt vom 27.10.2008)

Wie alle bisherigen Entwürfe hat auch der jetzige, von der Großen Koalition fast schon als „Jahrhundertwerk“ gepriesene Entwurf der Bertelsmann-Stiftung mit all diesen eins gemeinsam – er führt zum weiteren Abbau von Arbeiterschutzrechten, zur Einschränkung sozialer und arbeitsrechtlicher Standards.

Nach einer ausführlichen Dis-

kussion dieses eindeutig arbeitgeberorientierten Entwurfs eines Arbeitsvertragsgesetzes, der sich jeder Aussage zu den kollektiven und Beteiligungsrechten der Arbeitnehmer enthält und dem in allen Regelungen das neoliberale Denkmodell zugrunde liegt, kam die Arbeitsgemeinschaft zu einer übereinstimmenden Schlussfolgerung; dieser Entwurf darf nicht zum Gesetz werden.

Aus dieser Entwicklung auch perspektivisch Schlussfolgerungen ziehend, hat die Arbeitsgemeinschaft „Arbeitsgesetzbuch“ einen Antrag zum Bundestags-Wahlprogramm der Partei DIE LINKE gestellt.

„Die im Grundgesetz als Staatsgebot allgemein formu-

lierten Menschenrechte sollten für alle Mitglieder der Gesellschaft als „Recht auf Arbeit“ und „Recht auf soziale Sicherheit“ rechtsverbindlich verankert werden. Dazu gehört auch das Recht auf politischen Streik. Die untrennbar miteinander verbundenen Abwehr-, Schutz- und Förderungsaspekte zur Umsetzung der Menschenrechte sind einklagbar zu kodifizieren!

Auch wenn sich unsere Forderungen in parlamentarischer Mehrheit vorerst noch nicht durchsetzen lassen, sei an das alte afrikanische Sprichwort erinnert:

„Die Utopie ist die Zwillingsschwester des Widerstandes!“

Dr. Steffen Hultsch

Verfassungswidrigkeiten am Griebnitzsee

Die große Mehrzahl der Potsdamer Bürger will den öffentlichen Zugang zum Griebnitzsee zurückhaben. Sie hat den „Uferweg“ und den Zugang zum See jahrzehntelang ge-

versuchen nun „private Anrainer“ (nicht alle!) ihr Privateigentum gegen die Interessen der Bürger brutal durchzusetzen. Und das noch mit Unterstützung des Oberverwal-

tätig war, kann da nur entrüstet den Kopf schütteln. Wo leben eigentlich jene privaten Anrainer und die sie unterstützenden Verwaltungsbürokraten und Juristen?

nutzdenken gegen das Volk einzusetzen. Kennen sie eigentlich den Art. 14 des Bonner Grundgesetzes und den Art. 41 der Verfassung Brandenburgs, wonach Eigentum verpflichtet? Sein Gebrauch „soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“. Wer sich nicht daran hält, dessen Eigentum kann enteignet werden. Das ist ein Erfordernis des „demokratischen und sozialen Rechtsstaates“.

Und in Brandenburg sind wir sogar noch deutlicher als das Bonner GG, denn Artikel 40 unserer Verfassung verpflichtet das Land und die Gemeinden, der Allgemeinheit den Zugang zur Natur, insbesondere zu Seen und Flüssen frei zu halten und, wenn notwendig, zu eröffnen. Und was machen einige private Anrainer des Griebnitzsees? Sie versperren und verbarrikadieren den Bürgern (d. h. dem Volk!) den Zugang zum See, teilweise unterstützt von der Verwaltung und der Justiz. Das ist eine Verfassungsverletzung, eine Durchlöcherung des geltenden Rechts und der Demokratie.

Wie lange will Oberbürgermeister Jakobs da noch duldend zusehen?

Deshalb brauchen wir das nachdrückliche Begehren der Bürger gegen derartiges undemokratisches Verhalten.

Prof. Dr. Karl-Heinz Schöneburg



nutzt. Da die Potsdamer Oberbürgermeister seit der Wende versäumt haben, die notwendigen rechtlichen Absicherungen vorzunehmen (von Gramlich über Platzeck bis zu Jakobs),

tungsgerichtes Brandenburg/Berlin!

Wer, wie ich, die Brandenburger Verfassung mit erarbeitet hat und danach als Verfassungsrichter in Brandenburg

In einem „demokratischen Rechtsstaat“, wie ihn das Bonner Grundgesetz und die Brandenburger Verfassung vorschreiben, offensichtlich nicht.

Sie versuchen privates Eigen-

Öffentliches Interesse ignoriert

Seit einem Monat ist der Uferweg am Griebnitzsee durch einige Seeanrainer abgesperrt. Zwischen den Sperren sind kompromissbereite Anlieger, die den Weg wollen, Gefangene ihrer Nachbarn.

Menschen aus Ost und West, die Häuser und Grundstücke mit dem seit dem Mauerfall von der Öffentlichkeit genutzten Weg gekauft haben und die Pläne der Stadt für einen Uferpark vorher kannten, ignorieren das öffentliche Interesse und schaffen Tatsachen.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat im Verfahren gegen die Veränderungssperre bereits die Pläne der Stadt gebilligt, aber im April festgestellt, dass für die Ufergrundstücke keine Betretungsrechte für die Öffentlichkeit bestehen. Nach diesem Urteil wurden massive Bauarbeiten und Veränderungen der Land-

schaft vorgenommen. Der ehemalige Postenweg wird genutzt, tonnenweise Sand und Erde anzufahren, um ihn selbst an anderer Stelle zuzuschütten. Riesige Betonplatten wurden auf Tieflader geladen und abgefahren.

Dies geschieht auch auf Grundstücken, auf denen bereits eine Dienstbarkeit zugunsten der Stadt eingerichtet wurde und auf dem Grundstück des Babelsberger Stadtverordneten Wolfhard Kirsch, der die Griebnitzseeeläufe organisiert hat und der Stadt einst versprochen hat, alles schön für die Öffentlichkeit machen zu wollen.

Dr. Walter Raffauf, Vorsitzender der Bürgerinitiative

Susanne Ahlfelder-Potthost von der Initiative „Griebnitzsee für alle“.



Gibt es noch eine Chance für einen Uferweg am Griebnitzsee?

Interview der PAS mit Dr. Scharfenberg und Dr. Worseck, Vertrauenspersonen des Bürgerbegehrens „Freies Ufer am Griebnitzsee“

PaS: Warum setzt sich die Linke über ein Bürgerbegehren „Freies Ufer am Griebnitzsee“ ein?

Dr. Scharfenberg: Der Uferweg am Griebnitzsee symbolisierte über 20 Jahre eine Errungenschaft der Wende. Mit der Sperrung des Uferweges am 18.04. wurde dieser geschichtsträchtige Weg der Öffentlichkeit entzogen. Wir fordern den Oberbürgermeister auf, die freie Begehbarkeit des Ufers am Griebnitzsee unter Anwendung aller rechtlich zulässigen Möglichkeiten dauerhaft zu sichern.

PaS: Gibt es denn noch eine Chance für einen Uferweg am Griebnitzsee?

Dr. Worseck: Mit einer einmaligen Garten-Inszenierung erreichten die Grundstückseigentümer, dass das Oberverwaltungsgericht am 02.04. 2009 die betroffenen acht Grundstücke als Privatgärten erkannte daher nicht zur freien Landschaft mit öffentlichem Betretungsrecht im Sinne des brandenburgischen Naturschutzgesetzes zu zählen sind. Auf der Grundlage dieses Urteils sperrten die Eigentümer dann 14 Tage später den Weg.

Doch was impliziert dieses Urteil: Schaffe mit nicht rechten Mitteln trotz Veränderungssperre Tatsachen und lasse Dir diesen Zustand dann

vom Richter als bestandskräftig bestätigen. Soll das ein Freibrief für Unrecht sein?

Wir wollen mit dem Bürgerbegehren dem Oberbürgermeister die entsprechende öffentliche Legitimation für weitere Schritte, also auch für die Entscheidung von Enteignungsverfahren, geben.

PaS: Welche Resonanz findet das Anliegen bei den Potsdamern, und wo können die Bürger am Bürgerbegehren teilnehmen?

Dr. Worseck: Das am 1. Mai gestartete Bürgerbegehren wird bei den Bürgern sehr positiv aufgenommen, positiver als die übereiligen Reaktionen von SPD, Grünen und CDU. Viele Bürger suchen unsere Infostände aufgrund der Ankündigungen in der Presse gezielt auf, so

Seit dem 1. Mai haben die Wahlberechtigten von Potsdam die Möglichkeit, an dem Bürgerbegehren „Freies Ufer am Griebnitzsee“ teilzunehmen

dass bereits am ersten Wochenende 2.500 Unterschriften gesammelt wurden.



PaS: Die „Initiative Griebnitzsee für Alle“ sammelt parallel zum Bürgerbegehren erfolgreich Unterschriften für zwei Briefe. Wie stehen diese Aktionen zueinander?

Dr. Scharfenberg: Beide Aktionen verfolgen letztlich das gleiche Ziel und ergänzen sich. Die „Initiative Griebnitzsee für Alle“ hat jedoch eine andere Form gewählt. Sie sucht Unterstützer für zwei offene Briefe an den OB und an den früheren OB. Insbesondere engagieren sich viele Babelsberger. Im Gegensatz zum Bürgerbegehren können daran auch die zahlreichen interessierten Potsdam-Touristen teilnehmen. Damit wird eine weite Öffentlichkeit erreicht. Letztlich hat diese Aktion jedoch nur den Charakter eines Appells.

Durch das überparteiliche Bürgerbegehren mobilisieren wir in ganz Potsdam eine breite Öffentlichkeit, wo die Bürger unserer Stadt mit ihrer Unterschrift die öffentliche Fernnutzung geltend machen. Aus dieser Sicht ergänzen sich beide Aktionen und wir unterstützen uns gegenseitig.

PaS: Warum müssen die Unterstützer des Bürgerbegehrens so detaillierte persönliche Angaben machen?

Dr. Scharfenberg: Das Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid, als Formen der unmittelbaren Demokratie, sind in

der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg geregelt. Da nur Wahlberechtigte an diesen Verfahren teilnehmen können, müssen die gemachten Angaben prüfbar sein. Als Vertrauenspersonen garantieren wir den Unterstützern, dass diese Angaben nur durch Mitarbeiter des Bereiches Wahlen und Statistik für die notwendige Prüfung genutzt werden.

PaS: Wie viele Unterschriften werden für das Bürgerbegehren gebraucht?

Dr. Worseck: Mindestens 10 % der Wahlberechtigten, das sind in Potsdam etwa 13.000, müssen das Begehren unterstützen. Über die Zulässigkeit entscheidet die Stadtverordnetenversammlung. Sollte die dem Bürgerbegehren nicht folgen, kommt es zum Bürgerentscheid, zu dem wie bei einer Wahl die wahlberechtigten Potsdamer aufgerufen werden.

PaS: Die Unterschriftenlisten liegen an Infoständen, im Thalia-Kino, Café Babelsberg und anderen Stellen aus.

Sie können auch über das Internet unter www.dielinke-potsdam.de ausgedruckt werden.

Erstunterstützer des Bürgerbegehrens sind unter anderen Udo Beyer, Andreas Dresen, Roland Oehme, Prof. Dr. Karl-Heinz Schöneburg, Peter Rieger, Bernd Schröder.



Zum Potsdamer Schulentwicklungsplan 2009 – 2015

Der letzte Schulentwicklungsplan 2004 – 2009 läuft mit diesem Schuljahr aus. Die Zeit der Schulschließungen ist damit endgültig vorbei!

Langfristig hat sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Schulleitern, Lehrern, Stadtver-

Der nun im April in die SVV eingebrachte SEP (Schulentwicklungsplan) sieht für Potsdam 17 Grundschulen, 4 Oberschulen, 5 Gesamtschulen, 5 Gymnasien und 5 Förderschulen vor und plant den Neubau einer Grundschule und einer

Planungszeitraum bis 2015 und beinhaltet prognostische Aussagen bis zum Schuljahr 2021/22.

Die demographische und regionale Entwicklung der einzelnen Sozialräume Potsdams wurden erstmals schulbezogen berücksichtigt. Neu ist auch die enge Verzahnung von Grundschul- und Hortplanung, die wiederum auf einer exakten Kita-Planung basiert. Seit der Wende getätigte Investitionen und die geplanten Bauvorhaben sind dokumentiert und der jeweilige Schulstandort per Luftaufnahme dargestellt. Das Schulverwaltungsamt hat den Plan mit allen Schulen beraten, und am 14.5.09 hatten die Schulleiter Gelegenheit, sich in einer Öffentlichen Anhörung vor dem Bildungsausschuss zu äußern. Die zum Plan differierenden Fakten werden in den Fraktionen und im Bildungsausschuss am 26.5.09 diskutiert.

Wie stellt sich nun die Schulentwicklung im Sozialraum IV (Babelsberg/Zentrum Ost) dar?

Hier befinden sich die Grundschule Bruno H. Bürgel (16), die Goethe-Gesamtschule mit integrierter Primarstufe (21/31), die Schule am Griebnitzsee (33), die Grundschule am Humboldttring (37) und die Peter-Joseph-Lenné-Gesamtschule (38).

Die Grundschule Bruno H.

der Umbau des Speisesaales unter Erhalt der Grundstruktur des Fachwerkbbaus bis 2010 realisiert werden.

In der Goetheschule wird der Primarbereich zur Grundschule, die weiterhin zweizügig sein soll. Ab dem Schuljahr 2010/11 plant die Verwaltung, am Standort der Goethe-Gesamtschule ein dreizügiges Gymnasium zu errichten. DIE LINKE bedauert diese Entscheidung sehr, weil gerade an der Goetheschule langes gemeinsames Lernen von Klasse 1 – 13 praktiziert wurde. Leider wurde die Schule zu wenig angewählt. Da aber 70% der Schüler Potsdams 2009 (Klasse 6) die Bestätigung erhalten haben, ein Abitur ablegen zu können, steht dringend eine Entscheidung an. Erfreulicherweise ist in Potsdam die Gesamtschule mit 58% nachgefragt, das Gymnasium mit nur 34%.

Die Grundschule am Griebnitzsee soll sich zweizügig entwickeln, wurde aber mit 63 Anmeldungen für die 1. Klasse wieder sehr stark angewählt. Hier wird sich zeigen, wie ernst es der Verwaltung mit der vorgegebenen Zügigkeit (wie viele Klassen pro Jahrgangsstufe) wirklich meint. Am Griebnitzsee fehlen wegen der strengen Brandschutzmaßnahmen Unterrichtsräume, die vorübergehend in der noch nicht ausgelasteten Marienschule (in freier Trägerschaft) genutzt werden können. Zudem muss die Schule dringend saniert werden.

Im Zentrum Ost bleibt die Grundschule am Humboldttring zweizügig. Die benachbarte Peter-Joseph-Lenné Gesamtschule soll vierzügig, in der Sek.II (Kl.11-13) dreizügig geführt werden. Sie gehört auch 2009 wieder zu den am meisten angewählten Gesamtschulen und platzt förmlich aus den Nähten. Deshalb regte der Schulleiter an, sich über eine Kapazitätserweiterung Gedanken zu machen.

Am 26.5.09 diskutierten die Stadtverordneten des Bildungsausschusses, um möglicherweise schon im Juni eine Entscheidung herbeiführen zu können, und dies nach einem aufwendigen, aber unter Einbeziehung vieler Beteiligter erfreulich demokratisch gestalteten Meinungsbildungsprozess.

Hella Drohla, Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE



Die Bruno-H.-Bürgel-Schule (oben) und die Goetheschule in Babelsberg.

ordneten und Mitarbeitern der Stadtverwaltung Potsdam, Fachbereich Schule und Sport, sowie einem Mitarbeiter der Freien Planungsgruppe Berlin intensiv mit der Weiterentwicklung der Potsdamer Bildungslandschaft befasst. Bereits der erste Entwurf eines Schulentwicklungsplanes führte im November 2008 zu einer heftigen Diskussion, weil das Potsdamer Schulverwaltungsamt unsere Schulen rigoros dem in Brandenburg angestrebten zweigliedrigen Schulsystem von Gymnasien und Oberschulen anpassen wollte.

Es zeigte sich in der Vergangenheit und in diesem Jahr wieder, dass Potsdamer Eltern und Schüler verstärkt die Gesamtschulen anwählen, die im derzeitigen Schulsystem langes gemeinsames Lernen, differenzierten Unterricht und individuelle Förderung am besten ermöglichen. Hier treffen sich auch bildungspolitische Grundüberzeugungen der LINKEN, der SPD und der Grünen, teilweise auch der Potsdamer FDP und der Familienpartei. Als DIE LINKE haben wir in den Diskussionen stets betont, dass für uns in der Bildungspolitik ein grundsätzlicher Wechsel der Strukturen und Inhalte längst überfällig ist. Wir wollen perspektivisch eine Schule für alle, eine Gemeinschaftsschule!

Gesamtschule im Potsdamer Norden sowie die Wiederbelebung der ehemaligen Haackel- und der Marie-Curie-Schule als weiterführende Schulen. Dazu kommen in freier Trägerschaft 9 Grundschulen, eine Waldorfschule, 4 Gymnasien und eine Förderschule. Dieser Plan wurde im Vorfeld an einem von der



LINKEN einberufenen Runden Tisch am 13.1.09, einem am 22.1.09 von der Verwaltung organisierten Workshop und weiteren Sitzungen der AG intensiv diskutiert. Er umfasst einen

Bürgel wird weiterhin 3-zügig sein. Die AWO als Hortträger plant die sog. Villa in der Grenzstraße mit ihrem Innenhofbereich für die Hortbetreuung. Am Weberplatz 13 soll endlich

Die DDR – wie wir sie sehen

Ein Diskussionsangebot von Sascha Krämer, Stefan Wollenberg, Pete Heuer und Tino Erstling

DIE LINKE muss zur kritischen Aufarbeitung der DDR-Geschichte, die eng mit der Geschichte ihrer Vorgängerpartei verbunden ist, ihren Beitrag leisten, der zukünftig gesamtdeutsch und generationenübergreifend Akzeptanz findet. Dies ist umso mehr erforderlich, als dass sich die zeithistorische Bewertung der DDR teilweise sowohl überzogen als auch auf eine „ostalgtische“ Verharmlosung konzentriert. Diese Bewertung ist für Millionen von Zeitzeugen nicht nur unglaublich, sondern wird auch – mit Blick auf die individuellen Lebensleistungen – als herabwürdigend empfunden. Es besteht eine Diskrepanz zwischen den Ergebnissen zeithistorischer Forschung, politischer Bewertung und scheinbarer Reflexion von Erinnerungen und Empfindungen gegenüber der DDR-Geschichte. So begrüßt Umfragen zufolge eine übergroße Mehrheit der ehemaligen DDR-Bürger die deutsche Einheit, äußert aber gleichzeitig Unzufriedenheit mit dem bestehenden System im Vergleich zur DDR.

Es geht um eine Auseinandersetzung mit dem ersten Versuch, auf deutschem Boden eine sozialistische Gesellschaft zu entwickeln. Hierzu gehört das bittere Eingeständnis, dass der real existierende Sozialismus das proklamierte Ziel nicht erreicht hat.

Es wurde nicht vermocht, die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, dass sie mit persönlicher Freiheit und sozialer Sicherheit und Chancengleichheit dem kapitalistischen System überlegen sind. Das Scheitern der DDR ist primär auf das Nichterreichen der selbst gesetzten Maßstäbe zur Erreichung eines hohen Lebensstandards und damit der freien Entwicklung der Persönlichkeit zurückzuführen. Das Auseinanderdriften von Anspruch und Wirklichkeit wurde in einem Ausmaß spürbar, dass schließlich auch trotz des zu verurteilenden Einsatzes repressiver Elemente ein Zusammenbrechen des Staates nicht mehr aufzuhalten war.

Die DDR wurde von der Mehrheit ihrer Bürger sowohl im Widerstand gegen Repression und Unfreiheit als auch wegen wirtschaftlicher Missstände und des Mangels an Wahrheit und Ehrlichkeit zunehmend abge-



Wir schreiben das Jahr 20 nach Fall der Mauer. Zwanzig Jahre Demokratie, Rechtsstaat und Freiheit – aber auch die Erfahrung von Arbeitslosigkeit, Konkurrenzkampf und sozialen Ängsten. Zwanzig Jahre ideologisch geführte Diskussionen über die DDR und den Umgang mit Biographien. Die Debatte ist oft durch extreme Positionen gekennzeichnet – entweder absolute Verurteilung und Ablehnung oder Verharmlosung und Schönfärberei. Seit mehr und mehr Aktivisten der Wende von der politischen Bühne abtreten, verzieht sich allmählich auch der Pulverdampf der tagespolitisch geprägten Auseinandersetzungen. Es ist an der Zeit, dass man sich sachlicher und ernsterhaft mit dieser Thematik befasst und zu Wertungen gelangt, die Bestand haben können. Es kann nicht mehr darum gehen, mit der Bewertung der vor zwanzig Jahren untergegangenen DDR die heutigen gesellschaftlichen Entwicklungen wahlweise zu erklären, zu entschuldigen oder anzuprangern. In den vergangenen Wochen haben sich eine Reihe von Politikern verschiedener Parteien – auch der LINKEN – zu Wort gemeldet. Im Mittelpunkt stand dabei der Streit um den Begriff des Rechtsstaates. Es fällt nicht schwer, die DDR als Unrechtsstaat zu charakterisieren – und dennoch wird man damit ihrem Bestehen nicht gerecht. Es ist eine Verkürzung, die vieles ausklammert, allenfalls etwas beschreibt, aber nur wenig erklärt. Nachfolgend stellen wir die Position von Mitgliedern der LINKEN vor, die die DDR aus ihrer Jugend, den Erzählungen der Eltern und aus Veröffentlichungen kennen. Unser Diskussionsangebot:

lehnt. Anders ausgedrückt: Bei wirtschaftlicher Überlegenheit hätte es weder Repression noch Unehrllichkeit bedurft. Repression und Unfreiheit können nicht auf Dauer den ökonomischen Erfolg „ersetzen“.

In diesem Zusammenhang gilt es die inhumane Deformation des Herrschaftssystems zu benennen und anzuprangern. Jene Entwicklungen widersprachen dem sozialistischen Ideal und führten zur Etablierung eines bürokratisch-zentralistischen Regimes, dessen Hauptkennzeichen Dogmatismus, Subjektivismus und schließlich diktatorische Herrschaft waren. Humanistische und demokrati-

sche Werte wurden ins Gegenteil verkehrt. Am Ende stand nicht die Herrschaft der Gesamtpartei, geschweige der Mehrheitswille der Menschen, sondern eine bürokratisch-diktatorische Führungsriege, die sich von den Bedürfnissen und Interessen vieler Menschen und der Mitglieder der eigenen Partei entfernt hatte.

Alternative Konzeptionen sowie Kritik am Sozialismus oder nur an führenden Personen galten als „Konterrevolution“ oder feindliche „Agententätigkeit“. In diesem Zusammenhang darf das Thema „MfS“ nicht ausgeklammert werden. Es hatte den Auftrag, den Feind aufzuklären,

zu stören und zu bekämpfen. Das MfS sprach von „Maßnahmen der Zersetzung“. Kein noch so ehrenwerter Zweck heiligt solche Mittel.

Der Fakt, dass aktuellen Studien zufolge das Herrschaftssystem der DDR von den Menschen als vergleichsweise milde wahrgenommen wird, soll nicht dazu führen, dass wir unsere Bemühungen um die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte verringern. Diese Sicht auf die Geschichte ist weniger der Zustimmung für das Vergangene als vielmehr der Ablehnung des Bestehenden geschuldet. Nur wenn wir aus der Vergangenheit die richtigen Lehren ziehen, sind wir überhaupt fähig, an einer humaneren Zukunft mitzuwirken.

Ja, die DDR war ein Staat, in dem die Idee der sozialen Gerechtigkeit zur Grundüberzeugung vieler Menschen gehörte; indem ein soziales Netz geschaffen wurde, das niemanden ins soziale Aus abgleiten lassen wollte. Viele ältere Mitglieder unserer Partei haben sich für den Sozialismus auf deutschem Boden eingesetzt und dafür verdienen sie unseren Respekt.

Zur Wahrheit gehört auch, dass versucht wurde, Mittel zu rechtfertigen, die sozialistische Ideale und die Menschenwürde verletzt haben.

Beide Aspekte der DDR-Geschichte gehören zum Erbe der Partei DIE LINKE. Um die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft bestehen zu können, sollten wir unbedrängt die Kraft entwickeln, mit Ehrlichkeit und im Bewusstsein der Anerkennung und des Respekts gegenüber denjenigen, die sich gegen stalinistische Deformationen zur Wehr gesetzt haben, Vertrauen für die Zukunft zu schaffen.

Der entscheidende Konstruktionsfehler des Realsozialismus war die ungenügende Verknüpfung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

Die Einparteiherrschaft schnürte Freiheit und Meinungsstreit ein. Andersdenkende wurden unterdrückt und ausgegrenzt. Die Folgen waren zunehmende geistige Enge, blockierte Kreativität, wirtschaftliche Ineffizienz, ökologische Rückständigkeit und sich zuspitzende politische Konflikte, die schließlich im Jahre 1989 zum Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems der DDR führten.

In der Sache ließ es Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel nie an Klarheit vermissen: Die Erinnerung an die brutale Verletzung der Menschenwürde dürfe nicht verblassen, sagte sie in Hohenschönhausen. Auch wenn sich glückliche Ereignisse durch jede Biographie in der DDR zögen, ändere das nichts daran, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei, betonte sie auf der Tagung in Berlin.

Bei der Eröffnung einer Ausstellung zum Mauerfall vor 20 Jahren bezeichnete Frank-Walter Steinmeier die DDR als Unrechtsstaat. Damit widersprach er dem SPD-Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering. Dieser hatte vor wenigen Wochen gesagt, in der DDR habe es einen „Schuss Willkür“ gegeben. Er verwahrte sich aber ausdrücklich davor, die SED-Diktatur einen „Unrechtsstaat“ zu nennen.

Bodo Ramelow: Meine Partei hat sich zu ihrer Wurzel in der SED und der damit verbundenen Verantwortung für dieses schreiende Unrecht bekannt. Unsere Konsequenz ist, dass wir als Linke soziale Rechte nicht ohne Freiheitsrechte akzeptieren können. Soziale Sicherheit und Freiheit können nur zusammen gehen oder gar nicht.

Nun hat sich Parteichef Oskar Lafontaine in den Streit eingeschaltet. Der „Berliner Zeitung“ sagte er: „Nach unserem Rechtsempfinden ist vieles, das dort geschehen ist, Unrecht gewesen.“ Natürlich habe es damals „himmelschreiendes Unrecht“ gegeben, sagte Lafontaine. Er sehe eine Chance, die neu entbrannte Debatte sachlicher als bisher zu führen und auch über die Verantwortung der früheren Blockparteien zu reden.

Der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Gregor Gysi, hält die DDR für keinen Unrechtsstaat. Dem „Kurier am Sonntag“ sagte er: „Die DDR war zwar eine Diktatur ohne demokratische Kontrolle und kein Rechtsstaat. Es gab in ihr auch Unrecht, sie war aber kein Unrechtsstaat.“

Es sind die alten Weisen

Mitglieder des ehemaligen PH-Ensembles trafen sich im Kongresshotel

Händeschütteln, Umarmungen, lachende, meist vom Leben gezeichnete Gesichter. „Ach, wie ist's möglich dann...“ rauschte aus Lautsprechern, aufgezeichnet vor einem halben Jahrhundert.

Ca. 150 Mitglieder des Gesangs- und Tanzensembles „Stephan Hermlin“ der Pädagogischen Hochschule Potsdam waren nach Jahrzehnten zu einem ersten Wiedersehen zusammengekommen und feierten zugleich das Erscheinen eines 350-seitigen Ensemble-Buches, für das die ehemalige Chorsängerin Karin Hanusch 90 Interviews mit „Ehemaligen“ geführt hat. Fotoalben machten die Runde und man machte Stummfilmkino und stimmte ins „Glory Halleluja“ des früheren Solosängers Peter Gerstenberger ein.

Im Publikum sah man auch bekannte Gesichter, unter anderen Vera Paul, langjährige Direktorin der Luxemburg-Schule, und Eva Gretsche, Vorsitzende des Finnland-Freundeskreises Potsdam-Jyväskylä. Volksfestbesucher und Freunde der „Brandenburgischen Bigband“ erkannten Moderator Herbert

Flügge und Ex-Dirigenten Werner Kirsch, der eine war als Student im Ensemble Technik-Manager, der andere Assistent des Orchesterleiters.

Das Stephan-Hermlin-Ensemble mit seinen Sparten Chor, Tanzgruppe, Orchester und Sprecher/Laienspiel galt über 25 Jahre als eine tragende Säule des DDR-Volkskulturschaffens. Mit seinen mehr als 80 Sängerinnen und Sängern, 20 Tänzerinnen und Tänzern, zahlreichen talentierten Sprechern und Laienspielern und wechselnd besetztem Orchester avancierte das Potsdamer Studentenensemble schon 1953 zum besten Gesangs- und Tanzensemble der Republik. Seinen selbst gewählten Ehrennamen „Stephan Hermlin“ verlor es allerdings zehn Jahre später, als der Schriftsteller und Antifaschist wegen Kritik an der SED-Kulturpolitik bei der DDR-Führung in Ungnade fiel.

Von Anfang an tourte das Ensemble übers Land, bereicherte Weltfestspiele in Berlin und den „Bruderländern“ und zeigte bei Arbeiterfestspielen und den Potsdamer Parkfestspielen sein Können. In den 50-er Jah-

ren führten Reisen nach Österreich und mehrfach in die BRD, wo Tausende in Hamburg, Frankfurt, Hannover, Bottrop, Gelsenkirchen, Osnabrück u.a. den studentischen Volkskünstlern aus dem Osten viel Beifall spendeten.

Zuhause räumten die künstlerisch engagierten Studenten manchen Kulturpreis ab, und zum 25. Geburtstag des Ensembles 1975 konnte die Leitung 2400 Auftritte abrechnen und stolz verkünden, dass insgesamt 1800 Lehrerstudenten im Ensemble eine für ihren Beruf sehr nützliche musisch-kulturelle Ausbildung absolviert hatten.

Die einzelnen Sparten des Ensembles wurden von Profis geleitet. Besonders hervorzuheben ist der Leiter des Chores, Nationalpreisträger Professor Manfred Grüttner. Er sorgte nicht zuletzt für ein ausgewogenes Repertoire ohne Überfrachtung mit Arbeiterkampfliedern.



Sein Augenmerk galt der Chorliteratur vergangener Stilepochen, dem deutschen und russischen Volksliedgut und auch leisen Tönen wie Orlando di Lasso's Ständchen „Ich liebe dich“.

Die Tanzgruppe glänzte in strahlend bunten Kostümen mit Volkstänzen, von der Thüringer Hochzeit bis zum Weber- und Löffeltanz. Sogar an Choreographien zu Beethoven-Musik traute man sich heran.

In den 70-er Jahren verlor das etwas steife Format „Ensemble“ mit seinen Nummernprogrammen und traditionellen

Kampfliedern an Publikums-wirksamkeit. Lockere Singegruppen kamen auch an der Pädagogischen Hochschule auf, mit Namen wie „Spartakus“, „manifest“ oder „carare.“ Beim Ensemble kam es zu Nachwuchs- und Leitungsproblemen und schließlich zur Auflösung.

„Doch hat unser Ensemble einen kleinen Teil der DDR-Geschichte und speziell der Geschichte der Pädagogischen Hochschule mitgeschrieben“, resümierte Buchautorin Hanusch unter großem Beifall der Versammelten.

Armin Klein

Wolfgang Leonhardt: „Meine Geschichte der DDR“

Zugegeben – etwas provokant ist der Titel vom Autor schon gewählt – immerhin war Leonhardt bereits vor Gründung der DDR über Jugoslawien in den Westen gegangen. Deren Boden hat er erst nach der Wende wieder betreten und das aus gutem Grund. Anspruch auf seine Geschichte der DDR hat der Autor allemal. Er ist der letzte noch Lebende der „Gruppe Ulbricht“, die im April 1945 aus dem sowjetischen Exil nach Deutschland kam, um den Aufbau in der Sowjetischen Besatzungszone zu organisieren. Im Rückgriff auf seinen Klassiker „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ beginnt Leonhardt bei der nach stalinistischer Repression im sowjetischen Exil für ihn völlig neuen und veränderten Situation. Plötzlich geht es in privilegierter Formation in die Heimat – oder wie er es in Anspielung an sowjetischen Sprachschatz nennt – ins „Neuland“ (russ. „zelina“ – großflächige Gewinnung von Ackerboden). Zurück bleiben hunderte zu Unrecht internierte oder inhaftierte deutsche Kommunisten, denen im sowjetischen Exil Schlimmes widerfahren ist. Oft durften sie erst Mitte der fünfziger Jahre die Sowjetunion verlassen. Leonhardt hatte da mehr Glück. Im Buch kann er nun offen über die Nähe oder die fehlende Nähe zu Dritten schreiben, die mit ihm für einen Neubeginn im

be freiten Deutschland sorgen sollten. Niemandem kann aus einer E i n s c h ä t z u n g Leonhardts heute mehr Unge-mach er-w a c h s e n . Präziser als bisher schildert Leonhardt den Weg zurück nach Deutschland. Doch das „Zurück“ wird zum Déjà-vu stalinistischer Strukturen und Arbeitsweisen. Es folgt der Entschluss zur Flucht nach Jugoslawien, von der hier erstmals Details preisgegeben werden. Diese lassen auf eine recht gut geplante und mit Unterstützung Jugoslawiens vorbereitete Aktion schließen. Der Coup bestand darin, gen Osten „zu fliehen“ – statt in den Westen. Das macht Leonhardt glaubwürdig und es seinen damaligen ideologischen Gegenspielern besonders schwer. Wie ist eine Flucht in ein sozialistisches Land zu bewerten? Jugoslawien bleibt ein Intermezzo, aber auch in Westdeutschland fasst Wolfgang Leonhardt nicht wirklich politisch Fuß.



Seine Außenansichten über die DDR bleiben Außenansichten. Den Aufstand am 17. Juni 1953, den Mauerbau am 13. August 1961 und die Perestroika versucht Leonhardt wiederholt mit der Messlatte des (sowjetischen) Stalinismus zu bewerten. Das gelingt nur bedingt, spätestens mit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker taugt dieser Maßstab nicht mehr. So richtig wie der Hinweis auf die in der DDR unterbliebene offene Auseinandersetzung mit dem Stalinismus ist, so falsch ist die Annahme, dass man keine Schlussfolgerungen gezogen habe. Das funktionierte anders, leiser aber letztlich nie konsequent genug, da trifft sich die Bewertung Wolfgang Leonhardts im Ergebnis wieder mit der Realität. Wertvolle Details fließen aus Gesprächen mit Zeitzeugen ein, die Wolfgang Leonhardt später (wieder-)traf. Das Studium seiner Stasiakten bestätigt ihm, gut daran getan zu haben, sich von der DDR fernzuhalten. Unter dem Strich hat der Verlauf der Geschichte ihn in seinen Ansichten bestätigt.

Nicht ohne Reiz ist es, legt man Leonhardts Schilderungen des Wiedersehens mit dem ehemaligen Schulkameraden an der Moskauer Karl-Liebknecht-Schule und der Kominternschule Markus (Mischa) Wolf und dessen ebenfalls jüngst erschienenen „Letzten Ge-

sprächen“ (mit Hans-Dieter Schütt) nebeneinander. Der Graben zwischen beiden bleibt tief und unüberwindbar. Bedenkt man, dass beiden das System in seinen Ausprägungen zutiefst mental zuwider war, eine vertane Chance. Das Ausmaß der Verstrickung und der Zeitpunkt und die Konsequenz des Bruchs waren wohl doch zu verschieden.

Umso interessanter ist die Bewertung des Wendeverlaufs ab 1989. Wolfgang Leonhardt bleibt sich treu und knüpft an seine Hoffnungen eines freien Sozialismus wieder an. Heftig kritisiert er den alternativlosen Verlauf der Vereinigung auf Grundlage westlicher Standpunkte. Enttäuscht zeigt er sich aber auch von der Entwicklung der SED zur PDS. Angesichts des Wendeverlaufes vermochte die Partei es nicht, eine Alternative zu entwickeln, die die überhastete Wiedervereinigung hätte aufhalten können. Wichtig ist ihm dabei die mentale Seite dieses Prozesses. Sein Verweis auf die südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommissionen ist reizvoll – nur war zu diesem Zeitpunkt in Deutschland bereits alles gelaufen. Ein lesenswertes Buch, das auch ohne Kenntnis der Vorläufer Kontext bietet. Für alle anderen findet sich neben Neuem auch Wiederholung und Vertiefung.

-ph

16. Brandenburgische Seniorenwoche:**„Sozial gesichert, aktiv leben – für alle Generationen“**

Zwar darf sich Potsdam mehr als andere ostdeutsche Städte über junge Einwohner und viel „Nachwuchs“ freuen – dennoch leben hier viele ältere Menschen. Im Land Brandenburg ist schon jetzt jeder Fünfte über 65 Jahre alt, 2030 soll es bereits jeder Dritte sein. Viele Senioren leiden darunter, dass diese Entwicklung häufig als Problem dargestellt wird, ohne die Chancen zu sehen.

Höchste Zeit, das zu ändern, der manchmal anzutreffenden gesellschaftlichen Entwertung des Alters entgegenzutreten und das Wort „Erfahrung“ nicht nur als verschämte Umschreibung zu benutzen, sondern damit wirkliche Vorzüge deutlicher geltend zu machen. Am besten können das die Betroffenen selber: Ohne die Senioren würden ohnehin schon heute viele ehrenamtliche Bereiche nicht mehr funktionieren, so mancher Jugendliche hätte keinen Sportverein und mancher Kranke keinen fürsorglichen Nachbarn mehr. Das ist heute möglich, weil viele Menschen auch mit 60, 70 oder 80 Jahren noch fit und lebensfroh sind und Nützliches tun wollen.

Solche Potsdamer nehmen natürlich auch die Vertretung ihrer eigenen Interessen in die Hand. Denn damit sich die Älteren in ihrer Stadt wohlfühlen, müssen politische und wirtschaftliche Entscheidungen die speziellen Bedürfnisse der Senioren ebenso berücksichtigen wie die Chancen, die sich daraus ergeben. Darauf achtet in Potsdam zum Beispiel der gewählte Seniorenbeirat, der das städtische Leben auch aktiv mitgestaltet. Derzeit arbeiten 14 Delegierte unter der Leitung ihres Vorsitzenden Wolfgang Puschmann unabhängig von Parteien oder Konfession mit.

Für 2009 hat das Gremium folgende Aufgaben in den Mittelpunkt seiner Arbeit gestellt:

1. Die Sorge um gesicherte Lebensbedingungen der älteren Generation,
2. die Schaffung von Voraussetzungen für ein aktives, selbstbestimmtes Leben im Alter sowie für die Teilhabe am kulturellen Leben im öffentlichen Raum,
3. die Beteiligung der Seniorinnen und Senioren an politischen Entscheidungen, die ihre Lebenslage betreffen,

4. das Einsetzen für Toleranz und Menschlichkeit, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus bei Jung und Alt,

5. für bezahlbares, altersgerechtes Wohnen im Alter,

6. die Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit der älteren Generation,

7. die Unterstützung und Initiierung des Dialogs zwischen den Generationen.

Um diese großen Anliegen im alltäglichen Leben aufzuspüren und dem Wort die Tat folgen zu lassen, erarbeiten jeweils unter der Leitung eines Beiratsmitglieds folgende Arbeitsgruppen Vorschläge und Stellungnahmen zu speziellen Themen:

AG „Bezahlbares Altersgerechtes und Betreutes Wohnen“ (Verantwortlich: Lore Bertz)

AG „Soziales/Gesundheit“ (Verantwortlich: Josef H. Mayer, Prof. Dr. Horst Klett)

AG „Sicherheit im Alter und öffentl. Verkehr“ (Verantwortlich: Johannes Eulitz)

AG „Zeitzeugen“ (Verantwortlich: Karl Kreutz)

AG „Brandenburgische Seniorenwoche“ (Verantwortlich: Brigitte Reinisch)

AG „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“. Installation des Internetauftritts des Seniorenbeirats in Potsdam.de in Zusammenarbeit mit dem Bereich Marketing/Kommunikation (Verantwortlich: Hartmut Wredenhagen)

Schon bald werden die Potsdamer Seniorinnen und Senioren zeigen, wie ernst es ihnen mit ihren hohen Ansprüchen ist. Vom 12. bis 21. Juni informieren sie anlässlich der 16. Brandenburgischen Seniorenwoche unter dem Motto „Sozial gesichert, aktiv leben – für alle Generationen“ über ihre Angebote an ältere Menschen, die sich ebenfalls einbringen möchten und noch nicht den passenden Platz für sich gefunden haben. Es geht aber auch ganz einfach um geselliges Miteinander und Sport. Und wer weiß – vielleicht gehört der Leser dieser Zeilen einmal zu den zehn ehrenamtlich tätigen Senioren, die anlässlich der feierlichen Eröffnung die Ehrenurkunde des Seniorenrats des Landes erhalten?

-ed-

Aus dem Programm:

Freitag, 12.6.09: Potsdamer Eröffnungsveranstaltung im SternCenter mit Brandenburger Politikern

Samstag, 13.6.09: Busfahrt des Seniorenbeirats nach Neuruppin zur Eröffnungsveranstaltung des Landesverbandes (Teilnehmer: Seniorenbeirat und Arbeitsgruppen)

Montag, 15.6.09: „Eröffnungskonzert“ im Nikolaisaal (Melodien für Jung und Alt)

Dienstag, 16.6.09: „Gesund leben“

Mittwoch, 17.6.09: „Sport für Senioren“ (Wandern, Gymnastik)

Donnerstag, 18.6.09: „Tag der Generationen“ im Tennisclub Obelisk

Freitag, den 19.6.09: „Heute geht's an Bord“-Dampferfahrt

Samstag, 20.6.09: Seniorenshopping in der Innenstadt;

14:30 Uhr: „Chöre singen zum Abschluss“ im Malteser Treffpunkt Freizeit. Es spielt das Ensemble Blechzeit.

Die Karten für das Eröffnungs- und das Abschlusskonzert können Dienstag und Donnerstag jeweils zwischen 9 und 12 Uhr im Seniorenbüro im Stadthaus gekauft werden.

Die Broschüre mit dem Veranstaltungsprogramm kann ab sofort im Seniorenbüro im Stadthaus kostenlos abgeholt werden.

(Quelle: www.potsdam.de)



LINKE besuchten Schienenfahrzeughersteller

Am Donnerstag, dem 7. Mai, hat die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag und Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, Anita Tack, die Betriebsstandorte der Firma Stadler in Berlin Pankow und in Veltens besucht. Begleitet wurde sie unter anderem von Peter Ligner, Verkehrsreferent der Landtagsfraktion und Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE im Landkreis Oberhavel, sowie von Dr. Klaus-Uwe Gunold, Wahlkreismitarbeiter, Stadtverordneter in Potsdam und Mitglied im Aufsichtsrat des Potsdamer Verkehrsbetriebes (ViP). Die Firma Stadler ist ein wichtiger Schienenfahrzeughersteller in der Region Berlin-Brandenburg und produziert zum Beispiel die neuen Straßenbahnen für die Landeshauptstadt

Potsdam und Regionalbahnen. Die Firma Stadler mit ihren Standorten Berlin und Veltens gehört zum Branchenschwerpunkt Schienenfahrzeugtechnik der Landesregierung und ist ein wichtiger Partner bei der Sicherung von Arbeitsplätzen. Der Vorsitzende der Geschäftsführung Stadler Pankow, Herr Michael Daum, empfing die Gäste im Werk Pankow, erläuterte und zeigte, wie bei Stadler Schienenfahrzeuge gebaut werden. Er legte besonderen Wert darauf, dass auch Zulieferer vorrangig in der Region gesucht werden. Im Werk Veltens waren danach einige schon fast fertige Fahrzeuge zu sehen. Leider war noch keine der kürzlich bestellten Potsdamer Straßenbahnen in Arbeit. Deren Auslieferung beginnt 2010.

Das Foto entstand in der Veltener Werkhalle.

Ein Erfolg, der Mut macht

Ein fast vollständiges Gruppenbild der Brandenburger LINKEN zur Bundesversammlung am 23. Mai mit Peter Sodann, unserem Kandidaten für den Bundespräsidenten. Völlig entspannte Gesichter

nach dem erfolgreichen Wahlgang. Denn der Sieger war unser Kandidat. Er konnte zwei Stimmen mehr verbuchen, als DIE LINKE selbst hatte – ein großer Erfolg, der Mut macht.



Begrüßungs-Kuchen für Asylbewerber



Traditionell kümmert sich die Sternkirchengemeinde auch um ausländische Mitbürger und Asylbewerber. So waren die neuen Asylbewerber vom Schlaatz am 3. Mai in die Sternkirche zu Kaffee und Kuchen herzlich eingeladen. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL) griff den Faden auf und spendete 5 Backbleche voller leckerer Kuchen, die von einer ehrenamtlichen Helferin des Demokratischen Frauenbundes, Land Brandenburg, im Bürgerhaus „SternZeichen“ gebacken wurden. Unser Foto: Während der Übergabe – Dr. Scharfenberg, der Pfarrer der Sternkirchengemeinde Andreas Markert (r.) sowie Diakon Matthias Stempfle, Kirche im Kiez am Schlaatz (l.).



tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Sonabend, 6.6.2009, 14 – 17 Uhr:
5. Kinderfest Am Stern, Bürgerhaus „Sternzeichen“, Spiel und Spaß zum Internationalen Kindertag. Der Landtagsabgeordnete Dr. Scharfenberg lädt ein.

Sonntag, 07.06.2009, 16.00 Uhr:
Potsdam, Kabarett Obelisk, Charlottenstraße 31.
MATINEE am Sonntag, 9. Folge: Ernst-Georg Schwill in „Schauspieler – Texte – Meinungen“
Moderation: Claus Dobberke und Daniel Küchenmeister **RLS

Dienstag, 09.06.2009, 14.30 Uhr:
„Auf der Straße der Vulkane – unterwegs in Ecuador“. Eine interessante Reise aus der Reihe „Ferne Länder – fremde Kulturen – nahe gebracht“ mit Dr. Rolf Rönz. *Dahlweid

Dienstag, 09.06.2009, 18.00 Uhr:
Potsdamer Buchpremiere: Hans Otto Bräutigam „Ständige Vertretung. Meine Jahre in Ostberlin“ Altes Rathaus **RLS

Donnerstag, 11.06.2009, 18.00 Uhr:
Donnerstagsgespräch: „DDR und kein Ende?“ mit G. Fritsch (MdL, SPD), M. Mächtigt (MdL, DIE LINKE). Moderation: M. Krauß **RLS

Freitag, 12.6.2009, 10 – 20 Uhr:
Eröffnung der Brandenburgischen Seniorenwoche, LAG Senioren mit Stand im Sterncenter Potsdam.

Freitag, 12.6.2009, 17 – 19 Uhr:
Gesamtmitgliederversammlung im Wahlkreis V. Gäste sind herzlich willkommen. Thema: Diskussion zum Landtagswahlprogramm der LINKEN Ort: Bürgerhaus „Sternzeichen“, Galileistr. 37/39

Montag, 15.06.2009, 14.30 Uhr:
„Sibirien – vom Amur bis zum Eismeer“ (Teil 3). Ein Spaziergang mit Karl Kreutz. Gemeinsam mit Gert Ruge, dem langjährigen ARD-Russlandkorrespondenten, reisen wir durch Sibirien. *Dahlweid

Dienstag, 16.06.2009, 16.00 Uhr:
Podiumsdiskussion: „Die Sicht der Vier Mächte auf die Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit“ Altes Rathaus **RLS

Freitag, 19.06.2009, 14.00 Uhr:
4. Potsdamer Tag der Medienkritik. Entscheiden die Medien die Wahlen? Altes Rathaus **RLS

Montag, 22.06.2009, 14.30 Uhr:
„Mein Indien – persönliche Erlebnisse bei einer Reise durch das Land der Kontraste – Kolkata und die Sunderbans“. Ingrid Püschel lädt Sie ein zu einer interessanten

und abenteuerlichen Reise ganz allein durch Indien. *Dahlweid

Dienstag, 23.06.2009, 14.30 Uhr:
„Wunderschönes Ibiza – Sommerurlaub“ – Heiteres und Besinnliches, Aktuelles und Historisches erzählt Herr Dr. Herbert Schlohm, Stadtverordneter aus Zentrum-Ost, über einen interessanten Aufenthalt auf der Insel Ibiza mit schönen Fotos und eigenen Gedichten. *Dahlweid

Mittwoch, 24.06.2009, 13.30 Uhr:
„18, 20, Buben 'raus“ – ein Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlohm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. *Dahlweid

Freitag, 26.06.2009:
Charly M. Kabarett Berlin – „Neue Kinder braucht das Land“ – im Club SternKaba-

rett im Bürgerhaus Stern*Zeichen. Reservierung: 0331 / 600 67 – 61/62; Fax: – 99.

Montag, 29.06.2009, 14.00 Uhr:
Stunde der Musik: Franz Schubert: „Das Wandern ist des Müllers Lust“ – „Die schöne Müllerin“, der wohl bekannteste Liederzyklus des 19. Jahrhunderts folgt einer sensiblen Liebesgeschichte mit unglücklichem Ausgang. Das Werk fasziniert sowohl durch die Volksnähe seiner eingängigen Melodien, als auch durch den Realismus der Poesie seines Dichters Wilhelm Müller. *Dahlweid

*Dahlweid – Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonalle 11, Zentrum Ost
**RLS – Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustraße 53, Potsdam